

Die **Agricultural Bank of China** eröffnet eine Niederlassung in Frankfurt am Main. Für Unternehmen offeriert die Bank Finanzdienstleistungen rund um den Auslands-handel mit China. Seit 2009 ist das Institut mit einer Repräsentanz in der Stadt vertreten, über die Geschäftsbeziehungen geknüpft und an das Headoffice in China vermittelt wurden. Die 1951 gegründete chinesische ABC-Bank wies per Ende Juni eine Bilanzsumme von 2,3 Milliarden Dollar aus.

Der **belgische Staat** veräußert weitere Teile des zerschlagenen Finanzkonzerns Fortis. Seinen Anteil von 25 Prozent an der Bank **BNP Paribas Fortis** gibt das Land für 3,25 Milliarden Euro an deren Hauptaktionär, die französische Großbank BNP Paribas, ab.

Der **Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.**, nahm zwei neue außerordentliche Verbandsmitglieder auf: die **Portigon Financial Services GmbH i. G.** als hundertprozentige Beteiligung der Portigon AG trat mit sofortiger Wirkung bei. Ab dem 1. Januar 2014 wird die **LBS Bayerische Landesbausparkasse** in den Verband aufgenommen. Damit vertritt der VÖB als Spitzenverband der öffentlichen Banken 64 Institute mit rund 80000 Mitarbeitern.

Die **Commerzbank AG** wird im kommenden Jahr in der **Schweiz** sechs Standorte für das Firmenkundengeschäft eröffnen. Neue regionale Büros soll es in Basel, Bern, Lausanne, Luzern, St. Gallen und Zürich geben. Diese werden aus Zürich heraus geführt, wo auch bisher schon die Zentrale der Commerzbank in der Schweiz ansässig ist.

Die China Banking Regulatory Commission hat der **Deutschen Bank AG** die Genehmigung erteilt, in der **Freihandelszone Schanghai** eine neue Niederlassung zu eröffnen. Diese soll Unternehmenskunden und Finanzinstitute in der Region betreuen. Derzeit unterhält die Deutsche Bank Niederlassungen in Peking, Schanghai, Tiansjin, Guangzhou und Qingdao sowie ein regionales Zentrum in Hongkong.

In New York hat der Hypothekenfinanzierer **Fannie Mae** Klage eingereicht, mit der das Unternehmen von verschiedenen Kreditinstituten rund 800 Millionen US-Dollar fordert. Fannie Mae macht geltend, dass sie bei Zinsgeschäften aufgrund der Manipulationen beim Interbankenzinssatz Geld

11. November 2013 bis 23. November 2013

verloren habe. Die Klage richtet sich unter anderem gegen die Deutsche Bank, die Schweizer Banken UBS und Credit Suisse sowie gegen Barclays, Rabobank und Royal Bank of Scotland (RBS). Auch die US-Institute Bank of America, Citigroup und J.P. Morgan Chase sind betroffen. Vier der nun von Fannie Mae verklagten Institute, die Rabobank, RBS, UBS und Barclays, haben im **Libor-Skandal** bereits Vergleiche mit den Aufsehern geschlossen. Rund 3,7 Milliarden Dollar wurden dabei gezahlt. Zivilrechtliche Prozesse sind damit aber nicht ausgeschlossen. Im März dieses Jahres hatte bereits das Schwesterunternehmen Freddie Mac ein Dutzend Großbanken wegen der Folgen ihrer Libor-Manipulationen verklagt. Ermittelt wird der Libor bislang auf Basis von Händlerangaben zu den Refinanzierungskosten ihrer Bank. Diese Methode der Erhebung soll reformiert werden, um den Libor und andere Interbankenzinssätze als Referenz für Finanzprodukte zu erhalten.

Die Schweizer Privatbank **Julius Bär** erwirbt den Vermögensverwalter **WM Partners Wealth Management**, um ihn mit ihrer Sparte **Infidat Investment Advisory** zu verschmelzen. Aus den beiden Asset Managern soll ein Unternehmen mit 50 Mitarbeitern entstehen, das rund vier Milliarden Schweizer Franken an Kundengeldern verwaltet. Die Transaktion soll im ersten Quartal 2014 abgeschlossen werden.

Die spanische **La-Caixa-Gruppe** in Barcelona hat ihren Mehrheitsanteil an **Caixabank**, ihrem ausgelagerten, börsennotierten Bankgeschäft, reduziert. Die Holdinggesellschaft von Spaniens drittgrößtem Finanzinstitut verkaufte 5,26 Prozent der Aktien an institutionelle Anleger. Außerdem gab sie eine Anleihe heraus, die wahlweise in Aktien von Caixabank getauscht werden kann. Diese entsprechen 3,37 Prozent des Kapitals. Der Anteil der Gruppe an der Tochter sinkt um 8,63 Prozentpunkte auf 55,72 Prozent, falls alle Anleihen in Aktien umgewandelt werden. Die Transaktion bringt dem Unternehmen 1,65 Mrd. Euro.

Die Unterhändler des EU-Parlaments, der EU-Kommission und der nationalen Regierungen einigten sich Mitte November auf einen Kompromiss in Bezug auf die EU-Richtlinie **Omnibus II**, deren Zweck es ist, die Solvabilitätsregeln **Solvency II** anzupassen. Europas Versicherungskonzerne werden ab Januar 2016 neugefasste Kapitalanforderungen erfüllen müssen. Zentraler Bestandteil des Kompromisses ist eine Übergangsregelung, die es erlaubt, bestehende Lebensversicherungsverträge erst über einen Zeitraum von 16 Jahren in den Solvency-II-Standard zu überführen. Die Lösung umfasst auch Mechanismen, mit denen die Auswirkungen von Marktschwankungen abgemildert werden sollen. Dazu zählen ein sogenanntes Volatility Adjustment sowie ein Matching Adjustment für Unternehmens- und Staatsanleihen.

Das **Saarland** übernimmt zum 2. Januar 2014 alle restlichen Anteile, die die **Bayern-LB** derzeit noch an der **Landesbank Saar** hält. Rund 122 Millionen Euro zahlte das Bundesland für 44 Prozent der Anteile an dem Kreditinstitut. Es hält damit 74,9 Prozent an der Saar-LB, die übrigen 25,1 Prozent verbleiben beim Sparkassenverband Saar.

Die baden-württembergische **Südwestbank AG** gründet eine Asset-Management-Tochter, die **Tresides Asset Management GmbH**. Das neue Unternehmen nimmt seine Geschäftstätigkeit im Dezember auf und startet mit dem Vertrieb von vier Publikumsfonds, die in die Assetklassen Aktien und Renten investieren. Ab Januar 2014 werden neben den Publikumsfonds auch Spezialfonds institutioneller Investoren gemanagt.

Die Untersuchungen zu mutmaßlichen **Währungskursmanipulationen im Devisenhandel** weiten sich aus. Aufseher aus Großbritannien, den USA und der Schweiz, unterstützt durch Behörden in Hongkong, ermitteln gegen mindestens 15 Banken. Neben UBS und Deutscher Bank zählen demnach auch Barclays, Citigroup, Goldman Sachs, HSBC, J.P. Morgan, Morgan Stanley, Royal Bank of Scotland und Standard Chartered zu den untersuchten Häusern. In Großbritannien haben die Aufsichtsbehörden Banken zudem gebeten, die persönlichen Devisentransaktionen der Händler unter die Lupe zu nehmen. Es wird untersucht, ob diese Vorteile aus der Kenntnis von Devisen-Orders der Kunden gezogen haben.